

Stoppt die rechten Angriffe auf kritische Studierende!

Antrag der Liste IYSSE zur Sitzung des Studierendenparlaments des KIT am 17.12.2019

Antragsteller: Gregor Kahl

Kontakt: iysse@gleichheit.de

Das Studierendenparlament des Karlsruher Instituts für Technologie beschließt folgende Resolution:

Stoppt die rechten Angriffe auf kritische Studierende!

Wir wenden uns gegen jede Form rechtsradikaler Lehre an den Universitäten, insbesondere die Relativierung der Nazi-Verbrechen, rassistische Hetze gegen Geflüchtete und militaristische Forschung.

Es ist völlig inakzeptabel, dass rechte und rechtsradikale Professoren wie Jörg Baberowski und Bernd Lucke Unterstützung von Medien, Politik und Universitätsleitungen erhalten, während Studierende, die gegen rechte Lehre protestieren, attackiert und eingeschüchtert werden.

Die große Mehrheit der Studierenden lehnt diese Entwicklung ab. Wir werden nicht zulassen, dass die Universitäten wieder zu Zentren rechter und militaristischer Ideologie werden und solidarisieren uns deshalb bedingungslos mit den angegriffenen Studierenden in Hamburg, Berlin und an anderen Universitäten.

Wir halten folgende Prinzipien für selbstverständlich:

- 1. Das Recht von Studierenden, gegen rechte Lehre zu protestieren. Kein Zurück zur autoritären Ordinarienuniversität!*
- 2. Das Recht linker und fortschrittlicher Gruppen, auf dem Campus zu arbeiten und Veranstaltungen abzuhalten.*
- 3. Nie wieder Kriegsforschung und rechte Hetze an den Universitäten!*

Begründung:

Obige Resolution wurde am 28.11.19 einstimmig auf einer gemeinsamen Veranstaltung von AStA-Vertretern aus Hamburg, Bremen und Berlin sowie der IYSSE an der Humboldt-Universität zu Berlin verabschiedet.¹

Mit dem Aufstieg der AfD und dem Rechtsruck in Medien und Politik wurden in den letzten Jahren rechtsradikale Standpunkte an den Universitäten zunehmend salonfähig gemacht. Statt den rechtsradikalen Positionen zu widersprechen, kritisieren immer mehr Professoren und Medien die Studierenden, die gegen rechts protestieren und die von den rechten Professoren belehrt und benotet werden. Zugleich sind kritische Studierende zunehmend mit rechtsextremen Drohungen konfrontiert.

An den Universitäten in Hamburg und Berlin nimmt dies besonders scharfe Formen an. Nachdem es in Hamburg zu spontanen studentischen Protesten gegen AfD-Gründer Bernd Lucke gekommen war, gingen bei der Universität über 300 Drohschreiben ein, darunter eine Bombendrohung der Gruppe „NSU 2.0“, woraufhin das Hauptgebäude evakuiert werden musste. Der Hamburger AStA, der zuvor eine bei Stadt und Universitätsleitung angemeldete kritische Kundgebung organisiert hatte, empfing anschließend bis zu 160 anonyme Nachrichten. Unbekannte drohten den Studierenden darin, sie „auszupeitschen“ und ihre „Sozi-Kanackenfressen einzuschlagen“.

¹ <https://www.iysse.de/stoppt-rechte-angriffe/>

In Berlin werden die studentischen Vertreterinnen des Akademischen Senats der Humboldt-Universität – Bafta Sarbo und Juliane Ziegler – übel beschimpft und von Rechtsextremisten bedroht. Anlass war ihre sachliche Kritik an einem „Zentrum für Diktaturforschung“ des rechtsradikalen Professors Jörg Baberowski, der sie daraufhin öffentlich als „linksextreme Fanatiker“ und „unfassbar dumm“ verunglimpfte. Baberowski zählt zu den führenden Ideologen der Neuen Rechten in Deutschland und ist für seine Relativierung der Nazi-Verbrechen international berüchtigt. In einem Interview mit dem *Spiegel* 2014 verteidigte er den NS-Apologeten Ernst Nolte und erklärte: „Hitler war nicht grausam.“

Zur weiteren Begründung verweisen wir auf den folgenden Beschluss, der vom Studierendenparlament der Humboldt-Universität im Oktober einstimmig getroffen wurde.

Anlage: Einstimmiger Beschluss des Studierendenparlaments der HU vom 17.10.2019

„Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin solidarisiert sich mit den studentischen Vertreterinnen im Akademischen Senat und fordert das Präsidium der HU auf, Maßnahmen gegen Herrn Prof. Baberowskis Fehlverhalten einzuleiten.

In Reaktion auf ein Interview im Deutschlandfunk vom 19.08.2019, hatte Herr Baberowski die studentischen AS-Vertreterinnen Bafta Sarbo und Juliane Ziegler öffentlich auf seiner Facebook Seite als „unfassbar dumm“ und „linksextreme Fanatiker“ (sic!) bezeichnet. Wie der RefRat in einer Pressemitteilung vom 14.10.2019² mitteilte, haben die beiden sowohl Strafanzeige als auch Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Professor eingereicht. Wir schließen uns der Einschätzung des RefRats an, dass Baberowski damit jede sachliche Ebene der Auseinandersetzung verlassen hat. Studentische Kritik bzw. Meinungsäußerungen von Gremienvertreter_innen zu diffamieren nur weil sie einem Professor nicht gefällt, verschärfen das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Professor_innen und Studierenden und gefährden die Grundlagen einer demokratischen Hochschule.

Baberowski ist in der Vergangenheit wiederholt durch rechtsradikale Äußerungen aufgefallen, was Bafta und Jule im Interview kritisierten. Das Scheitern seiner Pläne ein Forschungszentrum für vergleichende Diktaturforschung einzurichten, kann als Resultat vernichtender Gutachten³ und der gezielten Vermeidung einer öffentlichen Diskussion des Vorhabens im Akademischen Senat bezeichnet werden. Zuvor hatte er bereits Joao Fidalgo diffamiert, weil er die öffentlichen Gutachten auszugsweise veröffentlicht hatte. Wir begrüßen das Scheitern dieses Vorhabens.

Um ihrer historischen Verantwortung gerecht werden zu können, darf die Humboldt-Universität sich nicht scheuen, sich klar von rechtsradikalen Tendenzen und Personen zu distanzieren. Wir fordern daher das Präsidium der Humboldt-Universität auf, ihre 2017 veröffentlichte Solidaritätserklärung mit Baberowski⁴ zu revidieren, endlich Konsequenzen zu ziehen und zu prüfen, inwieweit die Personalie Baberowski für die Universität noch tragbar ist.

Wir erklären uns mit den Student*innen der Universität Hamburg solidarisch, die sich am Protest der Veranstaltung "Makroökonomie II" von Bernd Lucke, dem Gründer der sogenannten "Alternative für Deutschland", beteiligt und diese Veranstaltung verhindert haben. Das Stupa der HU unterstützt das Vorgehen, welches sich gegen rechte Professor*innen an Universitäten richtet - hier wie auch überall sonst gilt #KeinFußbreit. Antifaschismus muss unserer Meinung nach gesellschaftliche Grundhaltung sein, die nicht nur in Sonntagsreden von Präsident*innen von Universitäten und Politiker*innen nach außen getragen werden, sondern täglich immer wieder unter Beweis gestellt werden muss. Wir verurteilen die Aussage der Universitätsleitung der Universität Hamburg, welche angekündigt hat, die Lehrveranstaltung zur Not auch unter Einsatz von staatlicher Gewalt durchzusetzen.

Das StuPa beauftragt den Referent_innenRat damit das HU-Präsidium über den Beschluss zu informieren.“

² <http://www.refrat.de/article/press.news.strafanzeige.baberowski.html>

³ <https://taz.de/Diktaturforschung-an-der-Humboldt-Uni/!5570421/>

⁴ https://www.hu-berlin.de/de/pr/nachrichten/archiv/pm1703/nr_170330_01